
Lutz Niethammer

Arbeiter ohne Gewerkschaften

Prof. Dr. Lutz Niethammer, geb. 1939, ist Professor für Neuere Geschichte an der Fern Universität Hagen.

I.

Der Rückblick auf die Zeit des Faschismus ist, das haben Veranstaltungen zum Thema „1933–1983“ gezeigt, in der Bundesrepublik einerseits in der Gefahr, zu einem offiziellen Ritual zu erstarren, in dem die Repräsentanten dieser Gesellschaft deren Stabilität zelebrieren, andererseits trifft er bei vielen Men-

schen aller Altersgruppen auf kritisches und neugieriges Interesse. In der Gewerkschaftsbewegung besteht kein Anlaß, die Erinnerung an den Faschismus zu einem Ritual werden zu lassen - dazu ist diese Erinnerung einerseits zu leidvoll, andererseits zu aktuell. Hier kann die Arbeit an der Geschichte der Arbeiter im Faschismus und der illegalen Arbeiterbewegung nicht von den historischen und aktuellen Erfahrungen abgelöst werden. Denn es wird eine Herausforderung an Selbstverständnis und Politik der deutschen Gewerkschaften bleiben, daß sie in einer entwickelten Industriegesellschaft, einer fortschrittlichen Demokratie und bei einem traditionsreichen und umfänglichen Organisationsstand durch staatlichen und politischen Terror ohne wirksamen Widerstand „ausgeschaltet“ werden konnten. Seither kann niemand mehr glauben, daß große Selbstorganisationen der Beschäftigten sozusagen zur natürlichen Ausstattung moderner Industriegesellschaften gehörten. Die Existenz von Gewerkschaften ist verletzlich, ihre Stellung wird gerade in gesamtgesellschaftlichen Krisenzeiten kritisiert, geschwächt oder in Frage gezogen. Sie können sich selbst nicht einfach als Institutionen akzeptieren, sondern müssen sich funktional und programmatisch immer neu begründen.

Die Thematik ist auch deshalb aktuell, weil sie eine bisher viel zu wenig untersuchte Frage zu stellen erlaubt, die für das demokratische Selbstverständnis der bundesrepublikanischen Gesellschaft im ganzen und ihrer Linken im besonderen von großer Bedeutung ist: nämlich was eigentlich mit Arbeitern geschieht, die sich gewerkschaftlich und politisch nicht mehr selbst organisieren können. In den sechziger und siebziger Jahren ist in der Geschichtswissenschaft und in der breiteren Öffentlichkeit die Geschichte führender Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung auf allen Ebenen der Opposition gegen den Nationalsozialismus in Widerstand und Exil herausgearbeitet worden. Dies war ein Verdienst und ein Fortschritt für die Verankerung freiheitlicher und sozialistischer Traditionen in einem Land, aus dem diese grausamer ausgerottet worden waren als aus irgendeiner vergleichbar entwickelten Gesellschaft. Dahinter ist aber allzu häufig von den Widerstandskämpfern auf die Erfahrung der Arbeiterklasse im ganzen zurückgeschlossen worden. Hier steht eine neue Phase geschichtlicher Selbstbesinnung an, diese sehr unterschiedlichen Erfahrungsmomente aufzunehmen und kritisch mit den gesamtgesellschaftlichen Prozessen und mit der Nachkriegserfahrung der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Linken in Beziehung zu setzen.

International stehen wir mit einer solchen kritischen Selbstbesinnung nicht allein. Vielmehr kann man in den meisten, im zweiten Weltkrieg von Deutschland besetzten Ländern zumindest des Westens seit einigen Jahren eine kritische Diskussion über Resistenz und Kollaboration verfolgen, die die mythische Qualität der Resistance, auf die sich linke und nationalistische Kräfte in mehre-

ren unserer Nachbarländer verständigt hatten, unterläuft. Da in der Bundesrepublik erst relativ spät die besondere Qualität des proletarischen Widerstands gegen den Faschismus anerkannt worden ist und erst jetzt in lokalen antifaschistischen Museen und ähnlichen Einrichtungen diese Erfahrung in unser kollektives Gedächtnis in einer an die Jugend weitergebbaren Form eingeschrieben wird, ist es kein Wunder und auch kein Schade, daß wir uns relativ spät an dieser europäischen Widerstandsdiskussion beteiligen. Es hat in Westdeutschland ja nie einen etablierten linken Widerstandsmythos gegeben. Aber auch eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus anti-faschistischer Tradition wird sich immer wieder die Frage stellen müssen, warum dieser Widerstand so schwach war und inwiefern es dem Faschismus an der Macht gelingen konnte, Konsens und Kollaboration nicht nur im Bürgertum, sondern eben auch, wenn auch in geringerem Umfang, in der Arbeiter- und Angestelltenschaft für sich zu rekrutieren.

Schließlich gibt es noch einen anderen internationalen Zusammenhang, der das Thema „Arbeiter ohne Gewerkschaften“ aktuell hält: nämlich, daß so viele Arbeiter auf der Welt ohne freie gewerkschaftliche Betätigungsmöglichkeit sind. Das gilt nicht nur für einen großen Teil der sogenannten Entwicklungsländer und ferne Militärdiktaturen; die Entwicklung der letzten Jahre etwa in der Türkei und in Polen haben vielmehr gezeigt, wie nah uns diese Probleme der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit sind und wie prekär ihre Verweigerung für Bündnisse und andere Loyalitäten auch für uns ist. Die Einsicht aus der eigenen Geschichte in die Notwendigkeit von Gewerkschaften und ihren demokratischen Charakter kann die notwendige internationale Solidarität auf einen sichereren Boden stellen.

II

Ein paar Seiten eines kurzen Aufsatzes reichen nicht aus, den Beitrag deutscher Gewerkschafter zum Widerstand angemessen zu würdigen, noch viel weniger, Richtungen, Motive, Verhaltenstypen und Opfer der Opposition nachzuzeichnen. Deshalb soll dies hier auch gar nicht versucht werden. Ich will vielmehr in vier Thesen zusammenfassen, worin meines Erachtens nach dem heutigen Stand der historischen Forschung die Lehren bestehen, die aus der Zeit zu ziehen sind, in der Arbeiter in Deutschland ohne Gewerkschaften waren, und abschließend die Fragen, die sich jetzt bei der Arbeit an diesem Thema auftun, aufwerfen. Doch zuvor möchte ich wenigstens in wenigen Worten andeuten, in welcher Dimension - trotz einer zwar noch immer unzureichenden, aber doch anerkennenswerten und differenzierten Forschung zum Arbeiterwiderstand - mir das wichtigste Verdienst der gewerkschaftlichen Opposition gegen den Nationalsozialismus zu liegen scheint.

Trotz wichtiger und mutiger Einzelaktionen, trotz der Beteiligung von Spitzenfunktionären an Führungszirkeln des Widerstands und des Exils und trotz organisatorischer Traditionslinien, die sich in informeller Form durch die Zeit der faschistischen Diktatur hindurch gehalten haben, scheint mir das Wichtige am gewerkschaftlichen Widerstand nicht in der Dimension des Heroisch-Spektakulären und auch nicht in mehr oder minder formellen Widerstandsorganisationen, die verschiedene Historiker in Ost und West nachzuweisen versucht haben, zu bestehen. Wichtig scheint mir eine Dimension zu sein, die Hintergrund und Voraussetzung sichtbarer Ausdrucksformen der Opposition waren: nämlich die Solidarität und Zuverlässigkeit bedeutsamer Teile des Funktionärskorps aus allen Fraktionen der Weimarer Gewerkschaftsbewegung, von deren Kooperativität alles weitere abhing. Zum Beispiel der Unterschlupf Gefährdeter, die in den Anfangsjahren der Illegalität untertauchten oder ins Ausland gebracht werden mußten. Zum Beispiel der Transport von Nachrichten durch gewerkschaftliche Eisenbahner und Schiffer, sogar noch während des ganzen Zweiten Weltkriegs. Zum Beispiel die Resistenz am Arbeitsplatz, mit der die Symbole der Zustimmung verweigert wurden und so ein schweigsames Element kollektiver Bestätigung, für solche die sehen wollten, im Betrieb (viel eher als im Wohnviertel) aufrechterhalten werden konnte. Zum Beispiel die Überlappung der politischen Fraktionen, die im Bereich der gewerkschaftlichen Emigration größer war als im Bereich der emigrierten Parteifunktionäre und die ein Element der Gemeinsamkeit in die Emigration trug, das für die Repräsentation eines anderen Deutschland im Ausland ebenso wichtig war wie für die Vorbereitung des einheitsgewerkschaftlichen Ansatzes der Nachkriegszeit. Zum Beispiel jene potentielle Substruktur des Putschversuchs vom 20. Juli 1944, in der ehemalige mittlere und höhere Gewerkschaftsfunktionäre in allen Teilen des Reiches darauf vertrauen konnten, daß nach einem Umsturz innerhalb kürzester Zeit ein Netz lokaler Verantwortung, die in den Betrieben akzeptiert würde, geflochten werden könne. Zum Beispiel die Zusammenarbeit deutscher Gewerkschafter im Widerstand und in der Emigration mit Nachrichtendiensten der Alliierten, die für eine sachgerechte Information über die wirkliche Lage in Deutschland und für Anknüpfungspunkte des Wiederaufbaus sorgten. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Mit anderen Worten: Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Widerstands liegt nicht so sehr in den Protagonisten (hier kann sich vielmehr sogar an mehreren Stellen berechnete Kritik festmachen) und sie liegt auch nicht darin, daß es den gewerkschaftlichen Kadern gelungen wäre, etwa Vorformen eines Volksaufstands zu mobilisieren. Sie liegt jedoch in jenem solidarischen Rückhalt, der Oppositionellen über Fraktions- und Landesgrenzen hinweg geboten wurde, und in jenem Organisationspotential, aus dem 1945 innerhalb von Wochen - ungeachtet aller auf die Form der Organisation Einfluß nehmender alli-

ierter Richtlinien - in Betrieben, Orten, Regionen und selbst im Ausland gleichzeitig die Bewegung zum Aufbau von Einheitsgewerkschaften als der ersten und größten nachfaschistischen deutschen Organisation erwuchs.

III.

Wer Lehren aus der Geschichte ziehen will, darf diese nicht so formulieren, daß sie nur zum Besserwissen dienen, was damals hätte gemacht werden müssen. Lehren sind immer auf eine Einschätzung der Gegenwart bezogen, enthalten also ein Element des Subjektiven und sollten sich vor zu großen Schutzschilden der Gelehrsamkeit hüten. Andererseits können ohne Kenntnis sowohl der geschichtsverarbeitenden Diskussion unter denen, die die Erfahrungen gemacht haben, als auch der historischen Forschung überhaupt keine Lehren gezogen werden. Sie können deshalb nur Diskussionsanregungen sein. In diesem Sinne will ich vier allgemeinere Überlegungen zusammenfassen, die sich mir aus einer Betrachtung der Phase ergeben, in der Arbeiter in Deutschland ohne Gewerkschaften waren.

Das Trauerspiel des Immobilismus, der Zerrissenheit und der organisationsbezogenen Anpassungstendenzen der deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise und in der Phase der Etablierung der Nazis an der Regierung legt als erste Lehre nahe, daß Gewerkschaften widerstandsfähig sein müssen. Niemand wird dem widersprechen, aber die Konkretisierung dieses Gemeinplatzes ist schwierig. Er kann weder bedeuten, daß sich die Gewerkschaften ständig einen illegalen konspirativen Apparat für den Fall des Untertauchens halten müßten, noch sich darin erschöpfen, daß in der Gewerkschaftsbewegung nur alles Trennende (also das Politische) zurückgestellt werden müsse, weil Einheit stark mache. Bekanntlich gibt es ja auch tönernen Titanen. Ein gemeinsamer organisatorischer Rahmen ist eine wichtige Errungenschaft, um nicht bei dem Versuch, die Interessen und Werte der Beschäftigten zur Geltung zu bringen, gespalten zu werden. Sie bedarf aber auch einer Definition ihrer gesamtpolitischen Funktion und sie muß sich auf die Gesamtheit der Arbeitenden und Arbeitswilligen beziehen. Der Rückzug auf die Verteidigung von Mitgliederinteressen z.B. in den Zeiten einer ökonomischen Krise, in der die Entsolidarisierungskeime besonders sprießen, ist demgegenüber ein sich durch jedwede (insbesondere auch demokratische) Organisationsstruktur nahelegendes Eigentor, weil dadurch die sozialen Voraussetzungen politischer Spaltung von innen oder außen bzw. die Abnahme der Organisationsorientierung in der Basis gefördert werden. Dies ist ein besonders schwieriges Feld für die Gewerkschaften in der Krise, weil es immer naheliegt, schwächer organisierte Teile der Arbeitnehmerschaft wie Arbeitslose, Frauen, Jugendliche, die Angehörigen von Subkulturen oder anderen Nationalitäten zu vernachlässigen oder

gar zu Sündenböcken zu erklären. Die kulturellen und politischen Traditionsunterschiede innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben sich in der Krise vor 1933 eher als überwindbar herausgestellt, als die zu enge Konzeption der Interessenvertretung, die soziale Zerklüftung und generationelle Zerspaltetheit der Arbeitnehmerschaft und die unzureichende Vereinheitlichung eines gesamtpolitischen Minimalkonsens.

Gewerkschaften in kapitalistischen Gesellschaften organisieren eine Seite im Widerspruch von Kapital und Arbeit; ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung kann nur im Maße ihrer Teilnahme an der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt wachsen. Wo eine solche gesicherte Mitverfügungsgewalt nicht besteht, müssen sie sich die Freiheit zum fundamentalen Widerspruch erhalten. Das heißt natürlich nicht, daß Gewerkschaften sich ständig oder auch nur häufig im Status einer Fundamentalopposition befinden müßten; sie müssen sich nur die Freiheit zum Widerspruch bewahren. Die „Deutsche Arbeitsfront“ hat in extremer Form die Pervertierung von Arbeiterorganisationen gezeigt, wenn sie - auf welcher Ebene auch immer - institutionell in Leistungsgemeinschaften, Schlichtungsapparaturen usw. ohne gesicherte Teilnahme an der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt eingebunden werden. Die Idee der Betriebsgemeinschaft, der nationalen Leistungsgemeinschaft oder auch des Interessenblocks der westlichen Industriegesellschaften ködert Gewerkschaften mit der Sehnsucht nach Harmonie, mit Posten oder kurzfristigen Gewinnerwartungen in die institutionelle Unterwerfung. Ist aber die latente Macht zum fundamentalen Widerspruch verloren, so ist schnell auch die konkrete Macht am Verhandlungstisch und damit auch die Verteilungsbalance des Systems vertan. Keine „Schönheit der Arbeit“¹ und keine KdF-Fahrten, kein Volkswagen und keine Betriebsobleute konnten in den Einheitsstrukturen der DAF etwas an der Verfügungsgewalt des Betriebsführers, der Interessenverklammerung aus Großindustrie und NS-Elite, ihrer expansiven Dynamik und dem friedens- und volksfeindlichen Charakter dieser Volksgemeinschaft ändern.

Lohnerhöhungen sind nicht nur eine Funktion gewerkschaftlicher Kampfkraft, sondern auch - wie jeder Gewerkschafter weiß - von Wachstum, Produktivität, Qualifikationsstrukturen und Arbeitskräfteknappeit. Insofern hat die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Verhängung eines Lohnstopps es - ganz gegen den Wunsch der Nazis und ihrer Bündnispartner - nicht verhindert, daß es auch im sogenannten Dritten Reich zu Lohnerhöhungen (vor allem über individuelle Arbeitsplatzmobilität) im Zuge des Rüstungsbooms gekommen ist. Zwar kann unterstellt werden, daß unter der Bedingung freier Kollektivtarifvertragsparteien mehr für die Arbeiter hätte herausgeholt werden können. Die theoretische Erwägung macht jedoch zugleich deutlich, daß Gewerkschaften einen komplexen qualitativen Auftrag in der Sicherung und

Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten haben und daß sie ihre Legitimation an von ihnen nicht steuerbare Bedingungen binden und damit in gewisser Weise preisgeben, wenn sie sich wesentlich als Tarifmaschinen darstellen. Viele ältere Arbeiter haben heute die zweite Hälfte der dreißiger Jahre als kleines Wirtschaftswunder im Gedächtnis, in denen die vormalige Unstetigkeit ihrer Arbeitsverhältnisse zur Ruhe gekommen, ihr Lohn gestiegen und die Perspektive eines Einstiegs in die Konsumgesellschaft für sie im Ansatz sichtbar geworden ist; nicht alle erkennen die untrennbare Verbindung zu der nachmaligen Überausbeutung und allgemeinen Zerstörung im Krieg. Gewerkschaften werden aus dieser Erfahrung die zentrale Bedeutung der Arbeitsplatzsicherheit ableiten können, aber auch die Aufgabe, die Lohnhöhe programmatisch, politisch und propagandistisch in ein komplexeres Bündel von Zielen wie Humanisierung des Arbeitsplatzes, Betriebsverfassung, Weiterbildung, Sozialverträglichkeit der Produktstruktur usw. einzufügen. Aus dem Abbau des Sozialstaats durch die Nazis wird man außerdem entnehmen können, daß bei der Ausstattung des arbeitenden Menschen mit Freiheits- und Selbstgestaltungsrechten im Betrieb gesetzliche vor vertraglichen Instrumentarien keinen prinzipiellen Vorrang verdienen, ihr Einsatz vielmehr eine pragmatische Frage ist.

Der Faschismus ist die extremste, brutalste und zugleich die erfolgloseste Variante der Versuche, die Lösung aller Probleme der Gesellschaft in ihrer (ökonomischen und territorialen) Expansion zu suchen. Diese friedlose, die Rechte der anderen leugnende und letztlich selbstmörderische Mechanik weist auf eine explosive Mischung aus patriarchalischen und kapitalistischen Maximen der Macht- und Gewinnmaximierung und der Überwindung von Massenarmut durch Entfaltung der Produktivkräfte hin, die kulturell geronnen war und als solche auch von den Gewerkschaften in der Nachkriegszeit bei der Bestimmung ihrer politischen Ziele nicht völlig negiert, sondern eher zu zivilisieren versucht werden konnte. Daraus kann man lernen, daß gewerkschaftliche Tätigkeit vital auf die kulturellen und Wertvoraussetzungen der Gesellschaft im allgemeinen und ihrer Basis im besondere angewiesen ist und sich deshalb nicht auf ein Selbstverständnis als ökonomischer Interessenverband beschränken kann, der die Kultur den anderen überläßt. Der Aufstiegs-, Leistungs- und Expansionsgesellschaft eine positive und friedvollere Identität arbeitender Menschen gegenüberzustellen ist freilich nicht nur ein ideeller Beitrag zur Sozialkultur der ganzen Gesellschaft, es ist auch ein Bedürfnis, das sich aus den Problemen der gewerkschaftlichen Basis selbst ergibt. Wo immer nämlich die gesellschaftliche Etablierung von Auslesetheorien gelingt, wie das in der schlimmsten und intensivsten Form im Nationalsozialismus der Fall war, bleibt für die Handarbeiter keine Arbeitskultur, die positiv auf die Gesamtkultur bezogen ist, sondern nur die Rolle der „Doofen“ als Bezugsgruppe eines konser-

vativen Populismus, der sie gegenüber „Intelligenzlern“ und „Kanaken“ zu verteidigen, Frauen an den Herd und Punks ins Arbeitslager zu bringen verspricht. Die Aufstiegs- und Ausleseerwartungen müssen von der Maxime sozialer Gerechtigkeit und Solidarität entkoppelt werden, was in den Jahrzehnten nach Faschismus und Kaltem Krieg den Gewerkschaften teilweise nicht gelungen, teilweise aber auch nicht als wünschenswert erschienen ist. Aus größerem Abstand ist hier deutlicher eine neu verpackte, aber noch kaum als solche bearbeitete Erbschaft des Faschismus zu erkennen.

IV.

Die Geschichtswissenschaft hat, wie gesagt, in den letzten beiden Jahrzehnten eine Menge dafür getan, daß wir für die Zeit, in der die Arbeiter ohne Gewerkschaften waren, mehr darüber wissen, was aus den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien geworden ist. Erst in den letzten Jahren sind größere Untersuchungen in Gang gekommen, die der Frage gelten, was eigentlich damals aus den Arbeitern (und Angestellten und Bauern und Beamten und Hausfrauen und Jugendlichen und ...) geworden ist. Wie haben sie gearbeitet, was haben sie verdient, welche Sozialleistungen haben sie wirklich bekommen, wie sind sie mit den Fremdarbeitern umgegangen, was haben sie im Krieg erlebt, wie hat der Faschismus in die entscheidenden Phasen ihrer persönlichen Sozialisation eingegriffen, wie hat das, was sie damals erfahren, aufgegriffen, gelernt oder ausgetrieben bekommen haben, ihre Bedürfnisse und ihre weiteren Denk- und Handlungsmöglichkeiten beeinflusst und dadurch auch die Gesellschaft der Nachkriegszeit?

Diese Fragen bedürfen zahlreicher Einzeluntersuchungen, in denen sich die Historiker (nicht nur die professionellen, auch Schüler, Geschichtswerkstätten, Volkshochschulgruppen und Geschichtsvereine) auf den einzelnen Betrieb, das Wohnquartier, eine Schulklasse oder auch die individuelle Biographie einlassen und zuerst einmal eine sehr differenzierte Erfahrungswirklichkeit wahrnehmen und analysieren. Das Lernen bei solchen Untersuchungen und Gesprächen mag sich für manchen, der in der Vergangenheit den heroischen Antifaschismus von Widerstandskämpfern für sich entdeckt hat, wie eine kalte Dusche ausnehmen. Zuallermeist wird man (auch bei Arbeitern, auch bei Gewerkschaftern, auch bei Frauen) auf sehr ambivalente Erfahrungen stoßen, auf eine nicht unbeträchtliche Hinnahme- und Konsensbereitschaft im „Dritten Reich“, auf tatsächliche Lebensverbesserungen in den dreißiger Jahren, auf positiv bewertete Gemeinschaftserfahrungen bei der Bewältigung von Sondersituationen im Krieg, auf einen Archipel von KZ-Außenstellen und Fremdarbeiterlagern in fast jeder Stadt und vielen Betrieben, die bisher auch bei antifaschistisch Engagierten sozusagen diesseits von Auschwitz

gar nicht wahrgenommen oder aus der Erinnerung verdrängt worden sind. Auch diese Befunde müssen ernstgenommen und in ihrer Bedeutung z.B. für das Basis-Führungsproblem in den Arbeiterorganisationen oder für die gesamtgesellschaftlichen Normen der Nachkriegszeit durchdacht werden. Auch das gehört zu den kulturellen Aufgaben, an denen sich die Gewerkschaften beteiligen müssen, wenn sie vermeiden wollen, daß uns eine Welle affirmativer Bearbeitung der Zeit, in der Arbeiter ohne Gewerkschaften in Deutschland waren, ins Haus steht.